



Council of the
European Union

Brussels, 15 December 2017
(OR. en, de)

15829/17

FRONT 513
COMIX 849

NOTE

From: Austrian delegation
To: Working Party on Frontiers/Mixed Committee
(EU-Iceland/Liechtenstein/Norway/Switzerland)
Subject: Prolongation of the temporary reintroduction of border controls at the Austrian internal borders in accordance with Regulation 2016/399 on a Union Code on the rules governing the movement of persons across borders (Schengen Borders Code)

Delegations will find attached a copy of a letter received by the General Secretariat of the Council on 12 December 2017, concerning the prolongation of the temporary reintroduction of borders controls by Austria at its internal borders.

IM 13191 2017
12.12.2017

BM.I  REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

Herrn
Frans TIMMERMANS
Erster Vizepräsident der
Europäischen Kommission
1049 Brüssel
BELGIEN

MAG. WOLFGANG SOBUTKA
HERRENGASSE 7
1010 WIEN
TEL +43-1 53124-2252
FAX +43-1 53124-2191
minister.sobutka@bmi.gv.at

Herrn
Dimitris AVRAMOPOULOS
EU-Kommissar für
Migration, Inneres und Bürgerschaft
1049 Brüssel
BELGIEN

Herrn
Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN
Generalsekretariat des Rates
1049 Brüssel
BELGIEN

Wien, 7. Dezember 2017

Sehr geehrte Herren Kommissare,
Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

In Reaktion auf die bereits bekanntgegebene Einführung von Binnengrenzkontrollen von 11. November 2017 bis 10. Mai 2018, auf Basis des Schengener Grenzkodex Artikel 25, möchte ich die Europäische Kommission und den Rat über die aktuellen Entwicklungen in Österreich informieren.

Wie bereits in vorausgegangenen Berichten ausgeführt, können Statistiken über die Anzahl der Grenzüberschreitungen bzw. der kontrollierten Personen nicht erhoben werden. Man müsste hierzu von der aktuellen Praxis, oftmals nur Sichtkontrollen durchzuführen, abgehen. Dies würde zu einer unverhältnismäßigen Behinderung des Personenverkehrs führen.

BM.I BUNDESMINISTER FÜR INNERES

Es wurden im Zeitraum vom 11. November bis 4. Dezember 2017 insgesamt 60 Fremde an den Binnengrenzen zu Ungarn und Slowenien (39 an der Grenze zu Ungarn, 21 an der Grenze zu Slowenien) und 720 Fremde an den Flughäfen (Außengrenzen) im Gesamtjahr 2017 zurückgewiesen. Vom 11. November bis 4. Dezember wurde 368 Personen an der deutsch-österreichischen Grenze die Einreise nach Deutschland verweigert bzw. wurden diese zurückgewiesen.

Die Gesamtzahl der Asylanträge im Zeitraum von 11. November bis 4. Dezember beträgt 1.310, davon 52 Asylanträge im Grenzkontrollbereich zu Ungarn sowie Asylanträge unmittelbar im Zuge der Grenzkontrollen an der Binnengrenze zu Slowenien. Diese immer noch vergleichsweise hohen Zahlen legen im Verhältnis zu den Gesamtantragszahlen verstärkt den Schluss nahe, dass Ausweichbewegungen über nicht kontrollierte Grenzabschnitte erfolgen.

Im Zeitraum 1. Jänner bis 4. Dezember 2017 wurden insgesamt 22.960 Asylanträge in Österreich gestellt. Davon wurde zwischen 1. Jänner und 30. November 2017 in 8.411 Fällen kein EURODAC Treffer mit einem anderen Mitgliedstaat registriert. Dies stellt über ein Drittel der Asylanträge dar. Bei dieser Zahl wurden bereits jene Fälle in Abzug gebracht, die über den Familiennachzug in Österreich legal eingereist sind sowie auf dem österreichischen Staatsgebiet nachgeborene Kinder, da diese Fälle für eine illegale Einreise nicht in Frage kommen.

Zurückschiebungen nach Ungarn sind nach wie vor kaum möglich. Im Jahr 2017 konnten bis jetzt lediglich 3 Personen nach Ungarn zurückgeschoben werden. Insgesamt erfolgten im Jahr 2017 bis 4. Dezember bisher 1.136 Zurückschiebungen (986 nach Italien, 54 nach Deutschland, 84 in die Schweiz, 6 nach Slowenien, 3 nach Ungarn, 2 in die Slowakei und 1 in die Tschechische Republik).

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 1.402 Personen, die nicht über die erforderlichen Voraussetzungen zum Aufenthalt in Österreich verfügen, bei nicht-systematischen Kontrollen im Bundesgebiet aufgegriffen, davon unter anderem 448 Personen aus Italien, 155 Personen aus Ungarn und 504 Personen aus unbekanntem Einreiseland kommend.

Obwohl der Migrationsdruck über die Balkanroute durch die erfolgreichen Maßnahmen im Frühjahr 2016 aktuell maßgeblich reduziert werden konnte, kommt es immer wieder zu

Großaufgriffen. Dies wird durch 8 Großaufgriffe mit bis zu 16 Personen im Berichtszeitraum deutlich. Die Aufgegriffenen sind überwiegend pakistanischer und afghanischer Herkunft. Verstärkte polizeiliche Schwerpunktkontrollen im Sinne der Empfehlung der Europäischen Kommission vom 12. Mai 2017 sind in Österreich mit allen Nachbarstaaten – derzeit insbesondere zu Deutschland, Italien und der Slowakei – gelebte und bewährte Praxis. Insbesondere wurden mit Italien und Deutschland trilaterale Zugskontrollen vereinbart, die gegenwärtig durchgeführt werden.

Die Effizienz von Grenzkontrollen hängt jedoch ganz entscheidend davon ab, ob auch im Zuge solcher Maßnahmen von einer Einreiseverweigerung im Sinne des Schengener Grenzkodex Gebrauch gemacht werden kann, da die Anwendung des bilateralen Rückübernahmeabkommens mit Ungarn nicht funktioniert.

Österreich unterstützt weiterhin intensiv das internationale Polizeikontingent in FYROM und Serbien durch Entsendung von aktuell insgesamt 40 Polizisten sowie durch verstärkte kriminalpolizeiliche Zusammenarbeit bei der Schlepperbekämpfung mit Serbien. Zusätzlich unterstützt Österreich gemeinsame Aktionen von FRONTEX und EASO mit bis zu 50 Experten.

Wie mehrfach gefordert, bedarf die Verhinderung von Sekundärmigration einer gesamteuropäischen Lösung. Österreich ist an der Schnittstelle der Migrationsbewegungen über die Westbalkan- sowie die zentrale Mittelmeerroute und hat dadurch eine große Verantwortung zu tragen.

Im Falle eines neuerlichen Anstieges der Migration über ständig variierende Routen wäre Österreich im höchsten Ausmaß betroffen. In Anbetracht der gegenwärtigen Migrationszahlen und der angespannten Situation in Italien betreffend aufhältiger Migranten, und daraus resultierender Ausweichbewegungen sowie der fragilen Beziehungen zwischen der EU und der Türkei bedarf es weiterhin der Binnengrenzkontrollen als wichtiges Signal. Auch am Westbalkan – insbesondere in Serbien – sind mehrere Tausend Personen in Auffanglagern mit ungeklärtem Status aufhältig, die beabsichtigen weiter in die EU zu reisen. Ferner sind die Ankünfte auf den griechischen Inseln auf nachhaltig hohem Niveau.

Die durchgeführten Grenzkontrollen – aber auch die im Binnenland durchgeführten polizeilichen Schwerpunktkontrollen – wurden bzw. werden auf Basis der erstellten

Risikoanalysen täglich an die aktuelle Gefährdungslage angepasst. Zudem finden laufend Abstimmungen und Koordinierungen mit den österreichischen Nachbarstaaten auf diversen Ebenen statt. Eine lageangepasste Fortsetzung der Kontrollen wird auf Grund der kontinuierlich hohen Belastung aller staatlichen Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der inneren Sicherheit weiterhin als erforderlich erachtet.

Ein Abbau der Grenzkontrollen würde als falsches Signal vor allem von Migranten, Schlepperorganisationen und kriminellen Netzwerken verstanden werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of several fluid, connected strokes. The signature is positioned below the text 'Mit freundlichen Grüßen'.

Mr Frans TIMMERMANS
First Vice President of the
European Commission
1049 Brussels
BELGIUM

Mr Dimitris AVRAMOPOULOS
EU-Commissioner for
Migration, Home Affairs and Citizenship
1049 Brussels
BELGIUM

Mr Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN
General Secretariat of the Council
1049 Brussels
BELGIUM

Vienna, December 2017

Dear Commissioners,
Dear Secretary General

Responding to the already announced implementation of internal border controls from 11 November 2017 to 10 May 2018, based on Schengen Borders Code Article 25, I hereby want to inform the European Commission and the Council about the recent developments in Austria.

As already mentioned in earlier reports, no data on the number of border crossings or the number of persons checked can be collected. Such collection would require departing from the current policy of frequently performing visual checks only. Such a policy would result in disproportionate delays in passenger traffic.

In the time period between 11 November to 4 December 2017, a total of 60 aliens have been turned back at the internal borders with Hungary and Slovenia (39 at the Hungarian border, 21 at the Slovenian border), and 720 aliens have been turned back at airports (external borders) in the full year 2017. During the period of 11 November to 4 December 2017, 368 persons were refused entry to Germany at the German-Austrian border, respectively turned back.

The total number of asylum applications during the period from 11 November to 4 December was 1,310, including i.a. 52 in the border control area to Hungary as well as asylum applications submitted directly during border controls at the land border with Slovenia. These numbers, still high as compared to the total numbers of applications, suggest that there are evasive movements across uncontrolled sections of the border.

In the time period 1 January to 4 December 2017, a total number of 22,960 asylum applications have been submitted in Austria. In 8,411 cases no EURODAC hit with another member state was registered. This amounts to more than a third of all asylum applications. It should be noted that cases of entry into Austria due to family reunification, as well as children born on Austrian territory, were already deducted from this number, as these cases do not relate to illegal entry.

Passing backs to Hungary are still hardly possible. During 2017 only 3 persons were passed back to Hungary so far. In 2017, until 4 December, a total of 1,136 passing backs have been carried out (986 to Italy, 54 to Germany, 84 to Switzerland, 6 to Slovenia, 3 to Hungary, 2 to Slovakia and 1 to the Czech Republic).

During the reporting period, a total of 1,402 persons not having the required preconditions for staying in Austria were apprehended during non-systematic controls on Austrian territory, thereof i.a. 448 persons coming from Italy, 155 persons coming from Hungary and 504 persons coming from an unknown country of entry.

Although the migration pressure on the Balkans route has been reduced due to successful measures in spring 2016, regular large-scale seizures occur. This is illustrated by 8 large-scale seizures with up to 16 persons during the reporting period. The seized persons were predominantly of Afghan or Pakistani origin.

In Austria, intensified police focus controls in the sense of the recommendation of the European Commission from 12 May 2017 with all neighbouring states – at the moment especially with Germany, Italy and Slovakia – are an approved and lived practice. Trilateral train controls with Italy and Germany have been agreed and are currently carried out.

The efficiency of border controls critically depends on the fact, if refusals of entry in line with the Schengen border code can be exerted in the course of these measures, as the application of the bilateral readmission agreement with Hungary does not function.

Austria continues to intensively support the international police forces in the Former Yugoslav Republic of Macedonia and Serbia by seconding presently 40 police officers and

by intensifying cooperation with Serbian criminal police in combating human smugglers. Austria also supports joint actions by FRONTEX and EASO with up to 50 experts.

As has repeatedly been demanded, the prevention of secondary migration requires a pan-European solution. Austria is situated at the crossroads of migration movements across the Western Balkans and central Mediterranean routes, and therefore bears a great deal of responsibility.

In the case of a renewed increase in migration across continuously varying routes, Austria would be affected to the greatest extent. In view of the overall migration numbers and the tense situation in Italy regarding the stay of migrants, together with resulting evasive movements, as well as in view of the fragile relations between the EU and Turkey, internal border controls are required for sending an important message. Also on the Western Balkans – especially in Serbia – are several thousand persons in reception centres with an unresolved residence status present, who intend to travel on into the EU. Moreover, the arrivals on the Greek islands are permanently on a high level.

The conducted border controls – as well as the police focus controls in the inland – are based on the risk analyses and adapted every day in line with the current danger situation. Furthermore regular harmonization and coordination with the Austrian neighbouring states is taking place at various levels. Due to continuous overburdening of all vital governmental institutions, a continuation of border controls adapted to the actual situation is considered necessary to maintain public order and internal security.

Any early lifting of internal border controls would send a wrong signal above all to migrants, human smugglers and criminal networks.

With kind regards